



| Beratung | Datum | Behandlung | Ziel |
|-----------------|------------|------------|-----------|
| Umweltausschuss | 22.01.2020 | öffentlich | Beschluss |

Betreff:
Bürgerbeteiligung für Klimaoffensive für Nürnberg

Anlagen:
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 30.09.2019
Sachverhalt

Sachverhalt (kurz):

Der CSU-Antrag vom 30.09.2019 fordert, dass allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit offensteht, im Rahmen kommunaler Entscheidungsprozesse ihre Ideen und Impulse zum Klimaschutz sowie zur ökologischen Nachhaltigkeit einzubringen. Hierzu soll die Stadt Nürnberg eine offene Bürgerbeteiligung starten, u.a. durch eine e-Partizipation. Alle Beiträge sollen von der Verwaltung geprüft und in die jeweiligen Ausschüsse und in den Stadtrat eingebracht werden, wodurch wirksame Maßnahmen schnell erkannt und umgesetzt werden können.

Seitens der Verwaltung wird die Verstärkung und der kontinuierliche Ausbau der Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft ausdrücklich begrüßt. Die Form einer Bürgerbeteiligung in einem offenen Verfahren wird seitens der Verwaltung nicht empfohlen. Aber bei definierten und klar abgrenzbaren Projekten soll die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auch hinsichtlich Klimaschutzmaßnahmen angewendet werden.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)
- Ja
- Kosten noch nicht bekannt
- Kosten bekannt

| | | | |
|----------------------------|---|------------------------------------|--|
| <u>Gesamtkosten</u> | € | <u>Folgekosten</u> | € pro Jahr |
| | | <input type="checkbox"/> dauerhaft | <input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum |
| davon investiv | € | davon Sachkosten | € pro Jahr |
| davon konsumtiv | € | davon Personalkosten | € pro Jahr |

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,
ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es handelt sich um eine Fachdebatte zur inhaltlichen Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit, bei der alle Geschlechter gleichberechtigt mitwirken können.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

Beschlussvorschlag:

1. Der Umweltausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu verstärken und kontinuierlich auszubauen.
3. Bei definierten und klar abgrenzbaren Projekten soll die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auch hinsichtlich Klimaschutzmaßnahmen angewendet werden.